

Duale oder schulische Berufsausbildung? Entwicklungen und Weichenstellungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz

CHRISTIAN EBNER UND RITA NIKOLAI
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

In der vergleichenden politischen Ökonomie hat das Thema Ausbildung vor allem seit der "Varieties of Capitalism"-Forschung an Popularität gewonnen. Deutschland, Österreich und die Schweiz gelten dabei als Länder, die ihre Arbeitskräfte im Rahmen einer korporatistisch gesteuerten dualen Ausbildung beruflich bilden. Unser Beitrag zeigt jedoch, dass sich die relativen Teilnehmerzahlen verschiedener Bildungsgänge im Sekundarbereich II seit Mitte der 1970er Jahre unterschiedlich entwickelt haben. In Österreich hat sich über die Zeit die staatlich gesteuerte vollzeitschulische Berufsausbildung neben der dualen Ausbildung etabliert. In Deutschland und in der Schweiz ist das duale Ausbildungssystem nach wie vor dominierend. Als ausschlaggebend für die Expansion der vollzeitschulischen Ausbildung in Österreich identifizieren wir drei zentrale Punkte: erstens die Dominanz der österreichischen Sozialdemokratie und deren informelle Zusammenarbeit mit den Christdemokraten, zweitens die Steuerung des österreichischen Bildungswesens durch den Zentralstaat und drittens die breite Unterstützung der Berufsbildungsreformen durch Arbeitgeber und Gewerkschaften. Bedeutende Weichenstellungen erfolgten in den 1970er Jahren.

KEYWORDS: Vocational Education and Training • Germany • Austria • Switzerland

Einleitung und Fragestellung¹

In der vergleichenden politischen Ökonomie spielt das Thema Bildung seit Aufkommen des Forschungsansatzes zu den "Varieties of Capitalism" (VoC) eine herausragende Rolle (Estévez-Abe, Iversen und Soskice 2001; Hall und Soskice 2001a). Dem VoC-Ansatz zu Folge sind Arbeitskräfte

¹ Wir danken Marius R. Busemeyer, Christine Trampusch, Philipp Gonon, Lukas Graf, Lorenz Lassnigg und Justin J.W. Powell sowie den anonymen Gutachtern dieser Zeitschrift für hilfreiche Anregungen und Kritik. Zudem danken wir Simone Grellmann und Benjamin Edelstein für ihre Unterstützung bei Recherchen und Aufbereitung der Daten.

in *liberalen Marktökonomien*, so etwa den USA oder England, stärker mit allgemeinen Fähigkeiten (“general skills”) ausgestattet, die in verschiedensten Branchen und Firmen eingesetzt werden können. In *koordinierten Marktökonomien* wie Deutschland, Österreich, der Schweiz, Japan oder Schweden weisen Erwerbstätige hingegen vor allem branchen-, berufs- oder firmen-spezifische Fähigkeiten (“specific skills”) auf (Hall und Soskice 2001b). Deutschland, Österreich und die Schweiz haben als “*kollektivistische Ausbildungsregime*” (Culpepper 2007; Thelen und Busemeyer 2008) ein Berufsbildungssystem institutionalisiert, das drei Kernelemente aufweist (Trampusch 2010a: 546): Erstens wird Ausbildung *korporativ* gestaltet, d.h. der Staat reguliert diese in Kooperation mit Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern. Zweitens findet Ausbildung an zwei Lernorten statt, nämlich im Betrieb und an der Berufsschule (“*duales Ausbildungssystem*”). Und drittens folgt Ausbildung dem *Berufsprinzip*, d.h. junge Menschen werden über mehrere Jahre in einem bestimmten Beruf ausgebildet und erwerben damit berufsspezifisches Wissen.

Bisher nicht systematisch untersucht wurden aber Unterschiede *innerhalb* der Gruppe der kollektivistischen Ausbildungsregime. Zwar leistet das duale Ausbildungssystem in allen drei Ländern immer noch einen entscheidenden Beitrag zur Qualifizierung von Arbeitskräften. Blickt man jedoch auf die Anteile von dualer und schulischer Berufsausbildung im Sekundarbereich II, offenbaren sich deutliche Länderunterschiede. In Österreich hat die vollzeitschulische Berufsausbildung seit den 1970er Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen: Ihr Anteil ist mittlerweile fast annähernd so hoch wie der der dualen Berufsausbildung. In der Schweiz und Deutschland sind die Anteile der vollzeitschulischen Berufsausbildung dagegen gering.

Ziel unseres Beitrags ist es, die unterschiedliche quantitative Bedeutung der vollzeitschulischen Berufsausbildung, die sich neben der dualen Berufsausbildung entwickelt hat, im Drei-Länder-Vergleich zu erklären.² Der Beitrag kombiniert die Differenz- und Konkordanzmethode. Wir suchen im Falle von Deutschland und der Schweiz mit der Konkordanzmethode nach Gemeinsamkeiten, die erklären können, warum in beiden Ländern die vollzeitschulische Berufsausbildung nicht expandierte. Entsprechend der Differenzmethode stellen wir Deutschland und die Schweiz dem Fall Ös-

² Nicht en detail untersucht wird in diesem Beitrag die Veränderung bestimmter Systemkomponenten des dualen Ausbildungssystems; wir verweisen an dieser Stelle auf bereits existierende Untersuchungen (Busemeyer 2009b; Thelen und Busemeyer 2008; Trampusch 2010a, 2010b).

terreich gegenüber und fragen damit nach Unterschieden, die die Expansion der vollzeitschulischen Berufsbildung in Österreich erklären können. Unsere Untersuchungsländer vereinen ähnliche Kontextfaktoren: Sie haben einen föderalistischen Staatsaufbau, eine korporatistische Interessenvermittlung, eine Tradition dualer Berufsausbildung und ein gegliedertes Schulsystem. Um die erklärungsbedürftige Varianz unserer abhängigen Variable zu untersuchen, sind folgende Fragestellungen für uns zentral: Warum hat die vollzeitschulische Berufsausbildung in Österreich im Vergleich zur Schweiz und Deutschland an Bedeutung gewonnen? Welche politischen und ökonomischen Einflussfaktoren sind für die beobachteten Entwicklungen verantwortlich?

Der originäre VoC-Ansatz (Estévez-Abe, Iversen und Soskice 2001; Hall und Soskice 2001b) erklärte Länderunterschiede mit Rückgriff auf Variablen wie Beschäftigungsschutz, Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Flächentarifverträgen. Diese Faktoren mögen für die grobe Unterscheidung zwischen liberalen und koordinierten Marktökonomien fruchtbar sein, können jedoch Länderunterschiede in den kollektivistischen Ausbildungsregimen nicht erklären (Busemeyer 2009a: 386). Unser theoretischer Analyserahmen stützt sich daher auf neuere Literatur zum institutionellen Wandel (Hall und Thelen 2009; Streeck und Thelen 2005; Thelen 2004), insbesondere in Bezug auf kollektivistische Ausbildungsregime (Busemeyer 2009a; Culpepper 2007; Trampusch 2010a). Wir identifizieren die 1970er Jahre als kritische Zeitperiode, in der die Weichen für Entwicklungen im Sekundarbereich II gestellt wurden. Detailliert untersuchen wir dabei die föderalistische und korporatistische Verhandlungsarena sowie mögliche Parteieneffekte. In einer systematischen Analyse der Weichenstellungen in der Berufsbildungspolitik in den 1970er Jahren arbeiten wir die Faktoren heraus, die die Entwicklung der vollzeitschulischen Berufsausbildung maßgeblich beeinflusst haben. Unsere Analysen stützen sich auf Auswertungen von statistischen Daten, offiziellen Dokumenten und Sekundärliteratur.

Zunächst stellen wir unsere theoretischen Annahmen vor. Wir werfen dann einen deskriptiven Blick auf Unterschiede in der Ausbildung im Sekundarbereich II und auf Entwicklungen seit den 1970er Jahren. Im Anschluss untersuchen wir systematisch, welche Einflussfaktoren die beobachteten Länderunterschiede erklären können. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse und einem Ausblick.

Theoretischer Analyserahmen zur Erklärung von Veränderungen im Sekundarbereich II

Der Wandel von Bildungsinstitutionen kann auf Entscheidungsprozesse verschiedener Akteure und deren Interessen innerhalb spezifischer Kontexte und institutioneller Rahmenbedingungen zurückgeführt werden. Das duale Ausbildungssystem wird durch drei kollektive Akteure gesteuert: Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (Streeck, et al. 1987). In diesem korporatistischen Modell der Interessensvertretung (Katzenstein 1984) sind es diese Akteure, die auch Entscheidungen zum Verhältnis von betrieblichen zu schulischen Ausbildungsformen treffen. Der VoC-Ansatz stellt die besondere Bedeutung von Firmen als Treiber und Initiatoren institutionellen Wandels heraus (Estévez-Abe, Iversen und Soskice 2001; Hall und Soskice 2001b: 6). Der Blick ist dabei insbesondere auf unterschiedliche *Firmeninteressen* gerichtet (Busemeyer 2009b; Culpepper 2007; Thelen 2004; Trampusch 2010a). Vor allem kleine Unternehmen dürften am Fortbestand des dualen Ausbildungssystems interessiert und gegenüber der Ausbreitung vollzeitschulischer Berufsausbildung skeptisch sein. Kleine Firmen sind kostensensibler als große Firmen und bevorzugen daher eine Ausbildung, die vor allem firmen-spezifisch, also auf ihren Bedarf ausgerichtet ist. Große Firmen sind weniger kostensensibel, konkurrieren verstärkt auf internationalen Märkten und sind daher auch in höherem Maß daran interessiert, in ihrer Belegschaft allgemeine Fähigkeiten zu sichern (Busemeyer 2009a; Thelen 2008). Wir vermuten daher, dass die Ausbreitung vollzeitschulischer Berufsausbildung vor allem in Ländern weniger wahrscheinlich ist, in denen Kleinbetriebe die Wirtschaftsstruktur dominieren.

Neben der Firmengröße blicken wir zudem auf *Veränderungen*, die sich *im Beschäftigungssystem* zeigen. In der soziologischen Literatur wird häufig die These vertreten, dass der Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft das in der Industriegesellschaft geprägte duale Ausbildungssystem vor große Herausforderungen stellt (Baethge 2010; Heidenreich 1998). Eine Erklärung für den anteiligen Rückgang der dualen Ausbildung in Österreich im Vergleich zur vollzeitschulische Ausbildung läge somit auch in mangelnder Anpassungsfähigkeit der dualen Ausbildung an den sektoralen Wandel.

In der *korporatistischen Verhandlungsarena* sollten neben den Interessen der Unternehmen auch die Interessen und Machtpositionen von Gewerkschaften berücksichtigt werden. Nach Streeck (1994) haben Ge-

werkschaften ein Interesse an einfachen Übergängen von Ausbildung in Beschäftigung und an einer frühen betrieblichen Sozialisierung von Auszubildenden. Gewerkschaften treten daher dafür ein, das duale Ausbildungssystem zu erhalten. Die schwedische Reform des Sekundarbereichs II in den 1970er Jahren zeigt jedoch, dass auch Gewerkschaften Verfechter eines Ausbaus der vollzeitschulischen Berufsausbildung sein können (Lundahl 1997: 100). Wir erwarten, dass je nach Machtposition und Interessen der Gewerkschaften ein unterschiedlicher Einfluss auf die Entwicklung im Sekundarbereich II ausgeht. Gewerkschaften könnten dem schwedischen Fallbeispiel folgend mit dem Ausbau vollzeitschulischer Berufsbildungsangebote das Ziel verfolgen, die Durchlässigkeit zu erhöhen und Bildungsbarrieren zu überwinden. Wir gehen aber auch davon aus, dass die Interessen von Gewerkschaften nicht statisch sind, sondern sich je nach Machtposition der Gewerkschaften und Unterstützung durch die Sozialpartner auch verändern können. Wir nehmen an, dass ein Ausbau vollzeitschulischer Berufsbildung wahrscheinlicher ist, wenn Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam solch ein Vorhaben unterstützen. Fehlt diese Unterstützung durch die Arbeitgeber könnten Gewerkschaften geneigt sein, ihr Handeln auf die betriebliche Ebene zu konzentrieren und sich für Ausbildungsplätze im dualen Berufsbildungsbereich stark zu machen.

Wir vermuten überdies, dass es innerhalb der korporatistischen Verhandlungsarena neben Arbeitgebern und Gewerkschaften auch auf die *parteipolitische Färbung der staatlichen Akteure* ankommt. Die Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten zur Hochschulbildung, die Stärkung vollzeitschulischer Berufsbildung sowie die Überwindung des gegliederten Schulsystems gelten als Elemente sozialdemokratischer bzw. linker Bildungspolitik (Busemeyer 2008; Stern 2000). Parteien rechts der Mitte treten dagegen für eine Stärkung der dualen Berufsausbildung ein. Basierend auf der Parteiendifferenzhypothese (Hibbs 1977) nehmen wir daher an, dass mit der Dominanz sozialdemokratischer Parteien vollzeitschulische Alternativen in der Berufsbildung stärker ausgebaut werden.

Die Erwartungen hinsichtlich parteipolitischer Prägeeffekte auf die Bildungspolitik sollten allerdings nicht zu hoch angesetzt werden. Die *föderale Verhandlungsarena*, die die Aufteilung und Verflechtung von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern/Kantonen beinhaltet, kann mitunter zu einer gedämpften Wirkung der Parteiendifferenz führen. Deutschland, Österreich und die Schweiz sind föderalistische Staaten, in denen das Föderalprinzip allerdings unterschiedlich ausgestaltet ist (Obinger, Leibfried und Castles 2005). Im Zusammenhang mit unserer zentra-

len Forschungsfrage untersuchen wir, inwieweit die Verteilung politischer Verantwortlichkeit in der Bildungspolitik und die Vetomöglichkeiten der Bundesländer/Kantone den Entscheidungsprozess in der Schul- und Berufsbildungspolitik beeinflussen. Da die Expansion schulischer Berufsbildungsgänge mit höheren finanziellen Anstrengungen seitens des Staates verbunden ist, bedarf es in einem föderalen Staat der Unterstützung durch die Bundesländer/Kantone. Wir nehmen an, dass die Expansion der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge umso wahrscheinlicher wird, je weniger dezentral Entscheidungsprozesse ablaufen und je geringer die Einbindung der Bundesländer/Kantone in diese Entscheidungsprozesse ist. Basierend auf unseren theoretischen Annahmen wollen wir im folgenden Abschnitt die beobachteten Länderunterschiede im Sekundarbereich II zunächst deskriptiv darstellen und anschließend erklären.

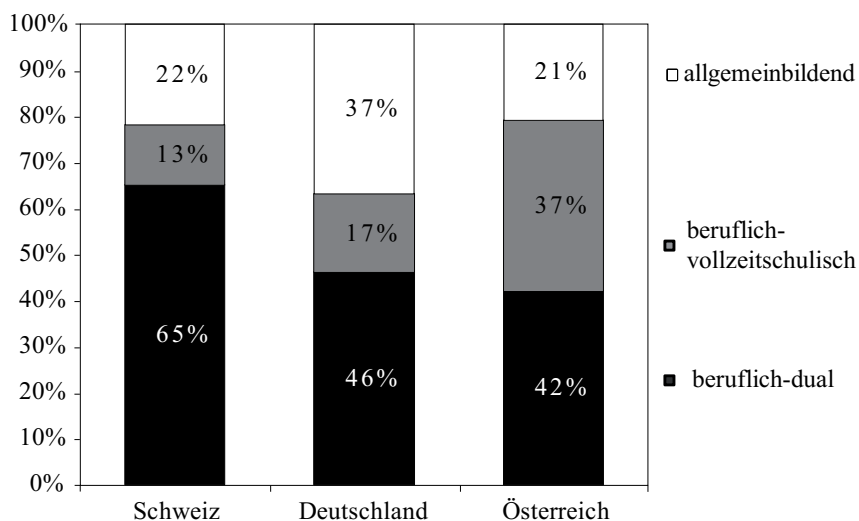
Ausbildungsformen im Sekundarbereich II und Entwicklungen seit den 1970er Jahren

Grundsätzlich kann Ausbildung im Sekundarbereich II auf vier Arten erfolgen. Jeder Ausbildungstypus vermittelt dabei unterschiedliche Formen von Wissen. *Allgemeinbildung* findet an Gymnasien (Deutschland, Schweiz) oder “Allgemeinbildenden Höheren Schulen” (Österreich) statt – alle genannten Schultypen vergeben auch eine Hochschulzugangsberechtigung³. *Berufsbildung* kann auf drei Arten vermittelt werden: in beruflichen Vollzeitschulen, “dual”, d.h. in Betrieb und Berufsschule sowie durch reines Anlernen im Betrieb (“training on the job”). Reines Anlernen im Betrieb zählt in Deutschland, Österreich und der Schweiz jedoch nicht als vollwertige Ausbildung. Wir konzentrieren uns daher in diesem Beitrag auf die duale und vollzeitschulische Berufsausbildung.

Deutschland, Österreich und die Schweiz zählen zu den kollektivistischen Ausbildungsregimen (Culpepper 2007; Thelen und Busemeyer 2008; Trampusch 2010a) mit einem hohen Anteil dualer Berufsausbildungstätigkeit. Gleichwohl besteht innerhalb dieses Länderclusters ein beträchtliches Maß an Varianz, die bis heute weder systematisch betrachtet noch erklärt worden ist. Drei Befunde fallen auf (Abbildung 1): Zum einen ist das duale Ausbildungssystem nicht in allen Ländern gleich “populär”. In der Schweiz beginnt eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen

³ Abitur/Maturität/Matura.

Abbildung 1: Schülerinnen und Schüler im 1. Schuljahrgang des Sekundarbereich II, 2008



Quellen: BFS (2010); Statistik Austria (2010); Statistisches Bundesamt (2010).

eine duale Ausbildung, die Anteile in Deutschland und in Österreich sind merklich geringer. Ferner existieren in allen drei Ländern – vor allem in Österreich – neben der dualen Ausbildung auch vollzeitschulische Berufsbildungsgänge. In Österreich hat die vollzeitschulische Berufsausbildung sogar einen fast ebenso hohen quantitativen Stellenwert wie die duale Berufsausbildung. Und drittens hat das allgemeinbildende Schulwesen, das die Tore zur Universitätsausbildung öffnet, heute vor allem in Deutschland einen gewissen Stellenwert. Die Ausbildungssysteme in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind damit nicht ganz so geradlinig wie häufig beschrieben (vgl. Greinert 1999). Solche Unterschiede in der Ausbildung sind nicht nur von Belang, weil damit unterschiedliche Muster der Wissensgenerierung verbunden sind. Berührt ist ebenso die Verantwortungsteilung zwischen Staat und Wirtschaft. Allgemeinbildende Schulen und berufliche Vollzeitschulen unterliegen vor allem staatlicher Steuerung und Finanzierung. Die duale Berufsausbildung wird korporatistisch gestaltet, d.h. der Staat reguliert Ausbildung in Kooperation mit Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern; der Hauptteil der Finanzierung wird von den Unternehmen getragen.

Es stellt sich die Frage, ob aktuelle Länderunterschiede auch schon in der Vergangenheit bestanden und wie sich die duale Ausbildung und voll-

zeitschulische Berufsausbildung innerhalb eines Landes seit den 1970er Jahren entwickelt haben. Wir beginnen für jedes Land mit dem frühestmöglichen Zeitpunkt, zu dem valide statistische Daten vorliegen. Als Datenbasis dienen jeweils nationale Statistiken.⁴

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Anfängerzahlen im Sekundarbereich II für (West-)Deutschland seit 1975 – erste Daten für Gesamtdeutschland liegen seit 1992 vor. Der Anteil der Personen, die eine duale Berufsausbildung beginnen, hat in Deutschland seit 1975 (46%) bis zum Jahr 2008 leicht abgenommen (40%). Dagegen haben die Anteile von Personen in allgemeinbildenden Schulen etwas zugenommen (1975: 25%; 2008: 32%), allerdings mit Stagnationstendenzen seit Beginn der 1990er Jahre. Die Besuchszahlen beruflicher Vollzeitschulen erhöhten sich kaum. Eine differenzierte Betrachtung beruflicher Vollzeitschulen ist in der deutschen Statistik leider erst um 1990 möglich. Um die Vergleichbarkeit der Sekundarstufe II-Bildungsgänge *über die Zeit* zu gewährleisten, führt Abbildung 2 auch berufliche Vollzeitschulen auf, die zu keinem beruflichen Abschluss führen, sondern lediglich eine “berufliche Grundbildung”⁵ vermitteln. Die oben in Abbildung 1 für das Jahr 2008 ausgewiesenen Anteile ergeben sich, wenn diese nicht beruflich qualifizierenden vollzeitschulischen Ausbildungsgänge herausgerechnet werden.

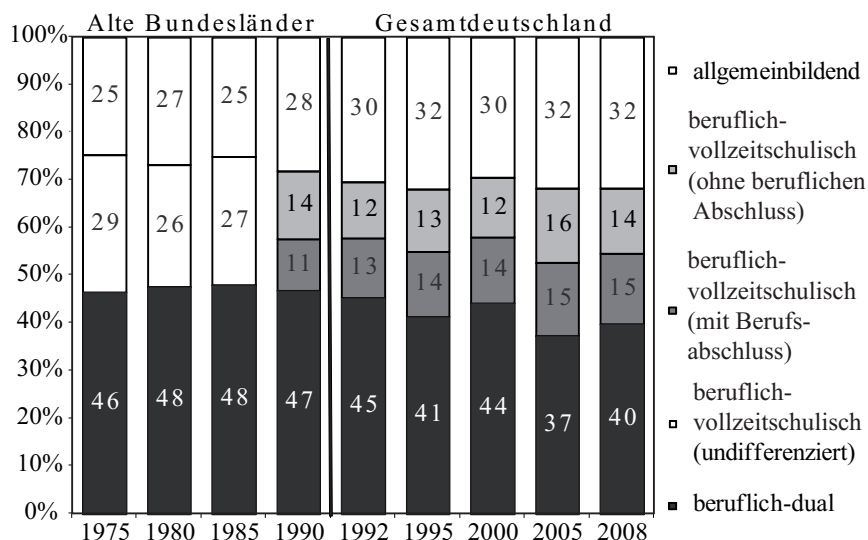
Das duale Ausbildungssystem hat in der Schweiz (Abbildung 3) seit Mitte der 1970er Jahre nur leicht an Zuspruch verloren (1976: 68% 2008: 65%) und ist nach wie vor der dominante Ausbildungsgang im Sekundarbereich II. An allgemeinbildenden Schulen mit Ziel der Hochschulzugangsberechtigung ist der Anteil von Schülern seit Beginn der 1990er Jahre (15%) angestiegen und liegt im Jahr 2008 bei 22%. Der Anteil der vollzeitschulischen Ausbildung lag 1976 bei 17% und 2008 bei 13%, ist damit also leicht rückläufig.⁶ Der Anteil der Schülerinnen und Schüler in vollzeitschulischer Ausbildung unterscheidet sich zudem nach Sprachregionen: Das vollzeitschulische Ausbildungsmodell wird in der franzö-

⁴ Internationale statistische Quellen wie etwa der OECD oder Eurostat weisen nicht die nötige Differenziertheit auf.

⁵ In der Schweiz bezeichnet der Terminus “Berufliche Grundbildung” die reguläre Ausbildung in einem Beruf und nicht wie in Deutschland berufliche Ausbildungsgänge ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss.

⁶ Dieser Rückgang ist jedoch auch darauf zurückzuführen, dass Unterrichtsberufe, die vollzeitschulisch ausgebildet werden mit der Revision des Berufsbildungsgesetzes von 2004 in den Tertiärbereich überführt wurden und somit von da an nicht mehr in der Kategorie “beruflich-vollzeitschulisch” enthalten sind.

Abbildung 2: Verteilung der Anfänger und Anfängerinnen im Sekundarbereich II auf duale Ausbildung, vollzeitschulische Ausbildung und Allgemeinbildung in Deutschland, in Prozent

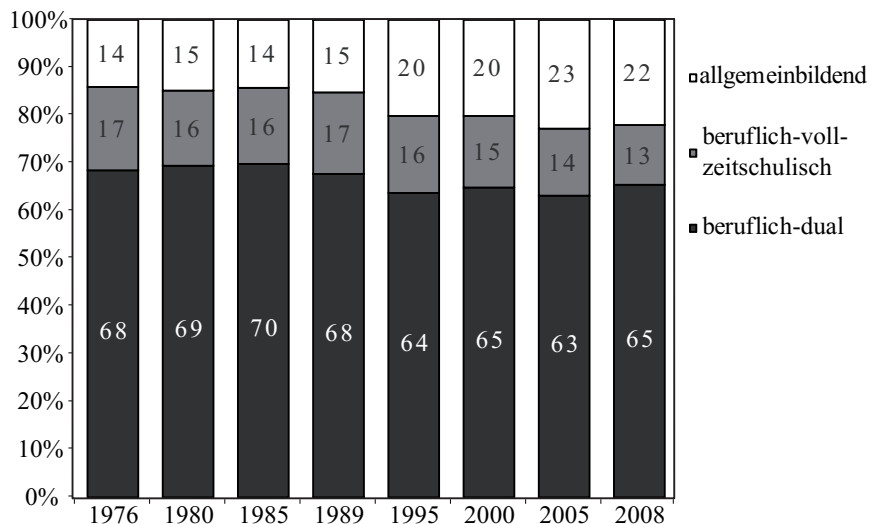


Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserien verschiedener Jahrgänge.

sischen und italienischen Schweiz etwa doppelt so stark besucht wie in der Deutschschweiz (EDK 2007).

In Österreich lässt sich im Sekundarbereich II ein anteilmäßiger Rückgang der Lehrlingsanfänger und -anfängerinnen im dualen Ausbildungssystem von 1970 (60%) bis 1995 (41%) beobachten. Bis zum Jahr 2008 (42%) konnte sich das duale System jedoch stabilisieren (Abbildung 4). Der Anteil der Schüler an allgemeinbildenden Einrichtungen hat sich seit 1970 so gut wie gar nicht erhöht. Bemerkenswert ist aber die starke Expansion der vollzeitschulischen Berufsausbildung, die dem dualen System mittlerweile fast ebenbürtig ist: Im Jahr 2008 beginnen bereits 37 Prozent im Sekundarbereich II vollzeitschulische Berufsausbildungen. Zu unterscheiden sind dabei grundsätzlich zwei Typen: die Berufsbildenden Mittleren Schulen (BMS) meist dreijähriger Dauer und die Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) fünfjähriger Dauer, die nicht nur einen beruflichen Abschluss, sondern auch eine Hochschulzugangsberechtigung verleihen (Dorninger, Lauterbach und Neubert 2007: 28ff.). Aufgrund ihrer Doppelqualifikation sind die BHS besonders populär (Lassnigg 2004; Schneeberger 2007).

Abbildung 3: Verteilung der Anfänger und Anfängerinnen im Sekundarbereich II auf duale Ausbildung, vollzeitschulische Ausbildung und Allgemeinbildung in der Schweiz, in %



Quellen: BFS, Schülerinnen, Schüler und Studierende, verschiedene Jahrgänge.

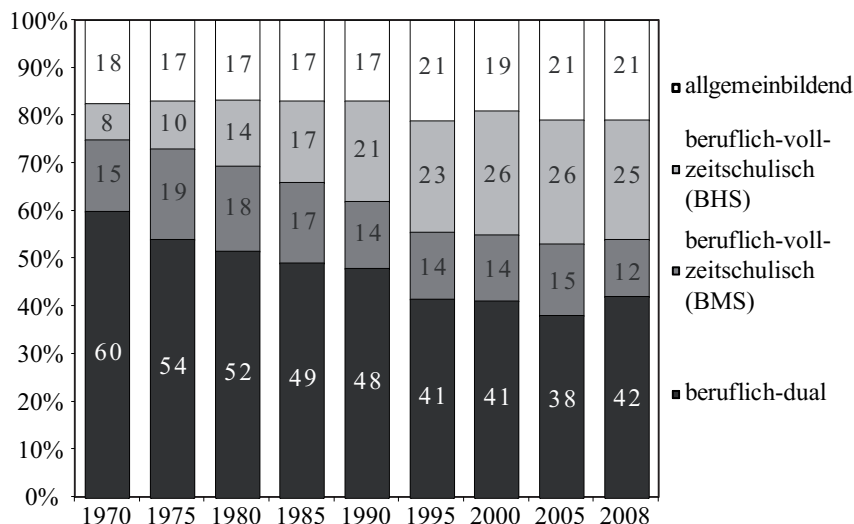
Der Blick auf die Bildungssysteme im Drei-Länder-Vergleich offenbart deutliche Veränderungen über die Zeit. Wie die unterschiedliche Dominanz der vollzeitschulischen Berufsausbildung zu erklären ist und warum gerade in Österreich vollzeitschulische Berufsbildungsgänge expandierten, werden wir in den nächsten beiden Abschnitten diskutieren.

Firmengröße und Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft

Lässt sich ein hoher Anteil vollzeitschulischer Berufsausbildungsgänge mit Firmengröße und Ausbildungsaktivitäten von Firmen erklären? Eine grundlegende Annahme ist, dass kleine Firmen kostensensibler sind und daher eine Ausbildung bevorzugen, die eher firmen-spezifisch, also auf ihren Bedarf gerichtet ist. Kleine Firmen sollten daher die duale Ausbildung stützen und eher skeptisch gegenüber vollzeitschulischer Ausbildung sein als große Firmen (Culpepper 2007).

Firmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unterscheiden sich deutlich in Bezug auf ihre Größe (Tabelle 1). In Österreich sind kleine Unternehmen, d.h. Unternehmen mit weniger als 49 Beschäftigten, im

Abbildung 4: Verteilung der Anfänger und Anfängerinnen im Sekundarbereich II auf duale Ausbildung, vollzeitschulische Ausbildung und Allgemeinbildung in Österreich, in %



Quellen: Statistik Austria, Das Schulwesen in Österreich, verschiedene Jahrgänge.

Drei-Ländervergleich mit 64 Prozent deutlich am stärksten verbreitet. Die Anteile für die Schweiz (56%) und Deutschland (40%) sind deutlich geringer. In Österreich ist die vollzeitschulische Ausbildung besonders dominant, die Firmenstruktur kann somit die Unterschiede zwischen Österreich, Deutschland und der Schweiz nicht erklären.

Auch der Blick auf die tatsächliche Ausbildungsaktivität von Betrieben trägt nicht zur Erklärung der Unterschiede bei (Tabelle 2). Die hohe Ausbildungsaktivität kleiner Unternehmen in der Schweiz, die sich darin zeigt, dass mehr als zwei Drittel (68%) der Lehrlinge in solchen Betrieben ausgebildet werden, stützt zwar die Annahme, dass in diesem Land die duale Ausbildung besonders stark ausgeprägt ist. Doch auch hier stellt Österreich mit einer ebenfalls hohen Ausbildungsaktivität kleiner Unternehmen (69%) – aber einem starken vollzeitschulischen Ausbildungssystem – ein eher kontraintuitives Fallbeispiel dar.

Nimmt man eine funktionalistische Perspektive ein, kann die Verschiebung von dualer hin zu vollzeitschulischer Berufsbildung durch Veränderungen im Beschäftigungssystem, wie etwa dem Wandel von Berufsstrukturen oder sich verändernden Tätigkeitsanforderungen am Arbeitsplatz,

Tabelle 1: Firmen nach Beschäftigtenzahl in Deutschland, Schweiz und Österreich, in %

	Deutschland (2007)	Schweiz (2008)	Österreich (2008)
1 bis 49 Beschäftigte	40	56	64
50 und mehr Beschäftigte	60	45	37
Gesamt	100	100	100

Quellen: BFS (2001); BMBF (2009); Schneeberger und Nowak (2009).

ausgelöst werden (Davis und Moore 1944, Mayer und Solga 2008). Neue Arbeitsplätze sind in den letzten Jahrzehnten vor allem im tertiären Sektor, also im Dienstleistungsbereich, entstanden. Hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung im Dienstleistungsbereich unterscheiden sich unsere drei Untersuchungsländer wenig. Den höchsten Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor finden wir aktuell (2008) mit 73 Prozent in der Schweiz (OECD 2009). In Österreich (68%) und Deutschland (68%) sind die Quoten nur geringfügig niedriger. In welchem Maße Ausbildungssysteme den sektoralen Wandel aufgegriffen haben, zeigt Abbildung 5. Es wird deutlich, dass das österreichische duale Ausbildungssystem den Wandel zur Dienstleistungsökonomie im Drei-Länder-Vergleich weniger nachvollzogen hat. Die duale Ausbildung in Österreich ist mit einem Anteil von circa 60 Prozent stark auf den sekundären Sektor (produzierendes Gewerbe) konzentriert. In der Schweiz und in Deutschland sind die Anteile der dualen Berufsausbildung im tertiären Sektor im Vergleich zu Österreich wesentlich höher. Mit Blick auf Abbildung 5 kann der Rückgang der dualen Berufsausbildung in Österreich damit erklärt werden, dass diese im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz weniger auf den expandierenden Dienstleistungsbereich ausgerichtet ist. Eher sind es noch die beruflichen Vollzeitschulen, die in Österreich im Dienstleistungssektor ausbilden, wenn auch nicht in dem Maße wie in den beiden anderen Ländern.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Variablen Firmengröße und die Ausbildungsaktivität nach Firmengröße können die unterschiedliche Dominanz der vollzeitschulischen Berufsausbildung im Drei-Länder-Vergleich nicht erklären. Offen bleibt zudem die Frage, warum das duale Ausbildungssystem in Österreich den sektoralen Wandel von der Industrie- hin zur Dienstleistungsgesellschaft nicht nachvollzogen hat und dort die vollzeitschulische Ausbildung stark expandierte. Wir nehmen an, dass sich die Unterschiede zwischen Deutschland, der Schweiz und Ös-

Tabelle 2: Verteilung von Auszubildenden auf Firmen unterschiedlicher Größe zu Beginn der 2000er Jahre in Deutschland, Schweiz und Österreich, in Prozent

	Deutschland	Schweiz	Österreich
1 bis 49 Beschäftigte	50	68	69
50 und mehr Beschäftigte	50	32	31
Gesamt	100	100	100

Quellen: BFS (2001); BMBF (2009); Schneeberger und Nowak (2009).

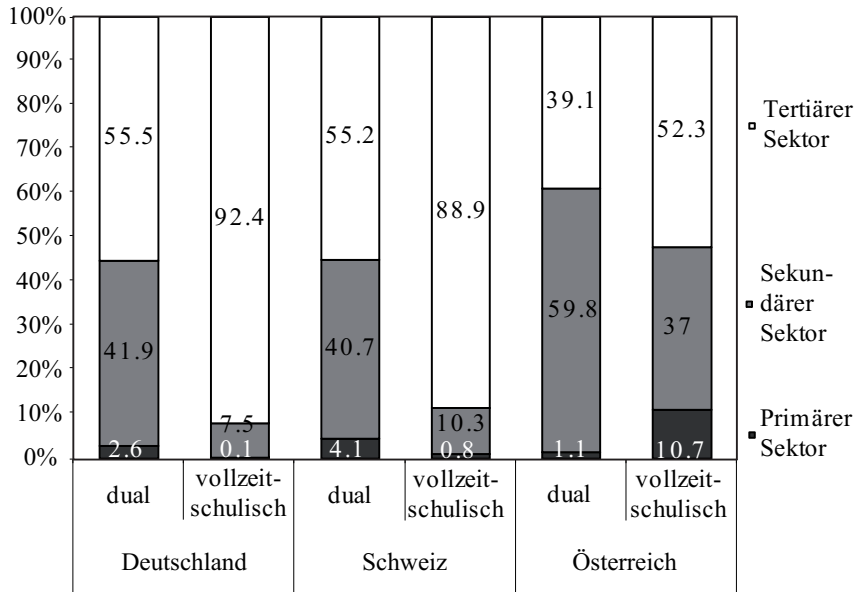
terreich nur verstehen lassen, wenn politische und institutionelle Faktoren herangezogen werden. Wir blicken daher nun auf Entscheidungen von für die Berufsbildung relevanten kollektiven Akteuren und den institutionellen Kontext.

Weichenstellungen in den 1970er Jahren

Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive kann institutioneller Wandel im Bildungswesen mithilfe des Historischen Institutionalismus (Mahoney und Thelen 2010; Thelen 1999) verstanden werden. Unternehmen, Gewerkschaften und Regierungen als staatliche Akteure in der Berufsbildungspolitik können institutionellen Wandel im Berufsbildungswesen fördern, aber ebenso verhindern. Spezifische Akteurskonstellationen, Interessen der Akteure und institutionelle Arrangements beeinflussen hierbei den Verlauf und das Ergebnis von Entscheidungsprozessen (Scharpf 2000). In welcher Art und Weise Veränderungen im Ausbildungswesen und sozioökonomischer Strukturwandel (Deindustrialisierung, höhere Wissensanforderungen) von Akteuren in der Berufsbildungspolitik aufgenommen und kanalisiert werden, hängt also von politischen und institutionellen Faktoren ab.

Wir verstehen die unterschiedliche Bedeutung der vollzeitschulischen Berufsausbildung im Drei-Länder-Vergleich in Anlehnung an den Historischen Institutionalismus (Mahoney und Thelen 2010; Thelen 1999) auch als Nachwirkung früherer (Nicht-)Entscheidungen und als pfadabhängige Entwicklungen. Institutionelle Weichenstellungen wirken demzufolge über längere Zeiträume fort (Pierson 2000). Die 1970er Jahre können als Periode kritischer Weichenstellungen für den Ausbau vollzeitschulischer Berufsausbildung betrachtet werden. Auch in den 1990er Jahren fanden

Abbildung 5: Verteilung der Auszubildenden im Sekundarbereich II auf Wirtschaftssektoren in Deutschland, Schweiz und Österreich 2008, in Prozent



Quellen: BFS (2010); Statistik Austria (2010); Statistisches Bundesamt (2010).

verschiedene Reformen im Bildungsbereich statt. Diese zielten jedoch nicht auf das Verhältnis zwischen vollzeitschulischer und dualer Berufsausbildung, sondern auf die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildungssystem und Hochschulsektor.⁷ Wir nehmen im Folgenden Parteeffekte, die korporatistische und föderalistische Verhandlungsarena für Deutschland, Österreich und die Schweiz in diesem Zeitraum näher unter die Lupe. Dazu skizzieren wir narrativ wesentliche Entwicklungslinien, wie sie sich in den 1970er Jahren darstellten und fassen diese schließlich systematisch zusammen.

Deutschland

Die 1970er Jahre haben als Periode “kritischer Weichenstellungen” (Busemeyer 2009b: 198) das Verhältnis zwischen dualer und vollzeitschulischer Berufsausbildung in Deutschland nachhaltig geprägt. Die beruflichen

⁷ Eine detaillierte Analyse dieser Reformen findet sich bei Gonon (2001) und Klimmer (2008).

Vollzeitschulen sind seit jeher ein “bildungspolitischer Zankapfel” in der Berufsbildungspolitik gewesen (Grüner 1983: 123). Die sozialliberale Koalition aus der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und der Freien Demokratischen Partei (FDP), die im Herbst 1969 ihre Arbeit aufnahm, strebte grundsätzlich eine Stärkung der vollzeitschulischen Anteile in der Berufsbildung an. Zudem sollte das erste Jahr der dualen Berufsausbildung als Berufsgrundbildungsjahr vollzeitschulisch gestaltet werden (Anweiler 2006: 733; BMBF 1970: 66). Die Reformbestrebungen der sozialliberalen Koalition (1969–82) scheiterten jedoch an zwei miteinander in Verbindung stehenden Faktoren: der korporatistischen und föderalistischen Verhandlungsarena. In der korporatistischen Verhandlungsarena fehlte es an Unterstützung seitens der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber – sowohl kleine als auch große Firmen – waren von Anfang an gegen die Stärkung schulischer Elemente in der Berufsbildung und befürchteten eine schleichende Verstaatlichung der Ausbildung (Busemeyer 2009b: 85f.; Stratmann und Schlösser 1990: 83). Vertreter der Arbeitgeber wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung und auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks lehnten eine Verschulung der Berufsausbildung ab. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass Ausbildung auch in Zukunft am betrieblichen Bedarf ausgerichtet sein müsse.

Ein weiterer Akteur in der korporatistischen Verhandlungsarena – die Gewerkschaften – befürwortete die Stärkung der staatlichen Verantwortung in der Berufsbildung (Anweiler 2008: 712). Zunehmend verlagerten die Gewerkschaften aber ihr Interesse auf die betriebliche Ebene der Berufsbildungspolitik, da sich im Laufe der 1970er Jahre abzeichnete, dass eine grundlegende Neuausrichtung der beruflichen Bildung nicht durchsetzbar war (Greinert 1998: 99). Der Widerstand der Arbeitgeber gegen das Reformvorhaben der sozialliberalen Regierung führte dazu, dass die Gewerkschaften ihre Strategie in der Berufsbildungspolitik neu ausrichteten. In den 1980er Jahren entdeckten die Gewerkschaften die betriebliche Ebene als Hebel zur Einflussnahme, sprachen sich zunehmend für den Lernort Betrieb aus (Lübke 1987: 428) und zogen mit ihrer Ablehnung von Verschulungstendenzen mit der Position der Wirtschaftsverbände gleich.

Widerstand gegen eine Expansion der vollzeitschulischen Berufsausbildung gab es in der föderalistischen Verhandlungsarena seitens der Bundesländer. Die Bundesländer haben die Gesetzgebungskompetenz für den berufsschulischen Teil der dualen Ausbildung und die Hoheit über die vollzeitschulische Berufsbildung sowie das allgemeinbildende Schul-

wesen. Diese Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern verstärkt die ausgeprägte Politikverflechtung in der deutschen Berufsbildungspolitik (Kreft 2006: 256) und führte in den 1970er Jahren zu Reformblockaden seitens der Bundesländer. Angesichts der ökonomischen Krise in den 1970er Jahren und des Finanzmangels in den öffentlichen Haushalten fehlten den Bundesländern die Finanzmittel für den Ausbau des beruflichen Schulwesens (Baethge 1983: 150). Wahlerfolge der Christlich Demokratischen Union (CDU) in einigen Bundesländern führten zudem zu einem parteipolitischen Patt zwischen Bund und Ländern. Die CDU favorisierte die duale Berufsausbildung und setzte auf die Eigeninitiative der Wirtschaft bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Obwohl regierende Partei im Bund, konnte die SPD aufgrund der Politikverflechtung in der Berufsbildungspolitik somit ihr Reformvorhaben gegen die Bundesländer und letztlich gegen die in vielen Bundesländern mehrheitlich regierende CDU nicht durchsetzen. Das Scheitern der Reformbemühungen der sozialliberalen Koalition in den 1970er Jahren zementierte einen Entwicklungspfad in der deutschen Berufsbildungspolitik, auf welchem die betriebliche Ausbildung der vollzeitschulischen vorgezogen wurde.⁸ Waren Sozialdemokraten und Gewerkschaften in den 1970er Jahren noch für eine Ausweitung der vollzeitschulischen Berufsausbildung, entwickelten sie mit der Zeit ein Interesse am Erhalt des dualen Systems. Bis heute halten die Sozialpartner an der Vormachtstellung der dualen Berufsausbildung fest.⁹ Und auch die nachfolgenden Regierungen von CDU/FDP (1982–98), SPD/Bündnis90-Die Grünen (1998–2005) und CDU/SPD (2005–09) sahen das duale System als Kern der beruflichen Ausbildung an (Busemeyer 2009b: 200).

Österreich

In Österreich spielte die Lehrlingsausbildung bis in die 1970er Jahre hinein noch eine dominierende Rolle im System der beruflichen Erstausbildung. Jedoch vollzog sich in den vergangenen Jahrzehnten eine deutliche Verschiebung zu Gunsten der vollzeitschulischen Berufsausbildung. Die

⁸ Das Festhalten am dualen Ausbildungssystem hatte in Deutschland jedoch auch "Nebenwirkungen". Seit den 1980er Jahren wird der Nachfrageüberhang mit Hilfe des sogenannten "Übergangssystems" aufgefangen, in dem keine qualifizierenden Berufsabschlüsse erworben werden (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 95).

⁹ Einzig die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bildet hierbei eine Ausnahme.

Ursachen für diesen Wandel lassen sich nicht nur mit der Attraktivität des vollzeitschulischen Berufsbildungswesens, insbesondere der doppelqualifizierenden BHS erklären (vgl. Abschnitt 3), sondern auch mit Entscheidungen der 1970er Jahre. Mit dem Regierungswechsel 1970 erhielt die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs die Möglichkeit, Einfluss auf die Bildungspolitik zu nehmen (Wollansky 1983: 11). Zur Erhöhung der Chancengleichheit und Durchlässigkeit im Bildungswesen forcierte die SPÖ in den 1970er Jahren den Ausbau des vollzeitschulischen Ausbildungswesens. Schülerströme im Sekundarbereich II sollten – so die Vorgabe – zu je etwa einem Drittel in berufliche Vollzeitschulen (BMS und BHS), die duale Berufsausbildung und die allgemeinbildenden Schulen gelenkt werden (Dorninger, et al. 1991: 21; Gramlinger 2005: 84).¹⁰ Infolge dieser Zielformulierung begann ein Bauprogramm und Wachstum von BHS vor allem in ländlichen Gebieten. So stieg die BHS-Zahl seit 1970/71 von 107 Schulen auf 226 Schulen 1980/81 (Engelbrecht 1988: 514). Der Ausbau der BHS-Schulen kam damit auch einer Strukturpolitik für ländliche Regionen gleich. Unterhalb der formal-gesetzlichen Ebene wurde durch den BHS-Ausbau die Gelegenheitsstruktur für das Bildungsverhalten nachhaltig verändert (Schneeberger 2003: 6). Obwohl nicht intendiert, verlor die duale Berufsausbildung mit dem Bauprogramm gegenüber der bis dahin untergeordneten Institution der vollzeitschulischen Berufsausbildung erheblich an Bedeutung.

Die Entscheidung zum Ausbau des berufsbildenden Schulwesens in der Zeit der Alleinregierung der SPÖ (1970–83) lässt sich jedoch nicht als alleiniger sozialdemokratischer Parteeffekt ausmachen, denn seit dem “Großen Schulkompromiss” von 1962 bedürfen Schulgesetze einer Zweidrittel-Mehrheit (Engelbrecht 1998: 20; Seel und Scheipl 2004: 48). Dies hat zur Folge, dass schulische Veränderungen nur mit einer breiten Konsensbildung zwischen den beiden großen Volksparteien SPÖ und ÖVP möglich waren.¹¹ Die ÖVP stimmte dem Ausbau der BMS und BHS jedoch zu, weil die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems unangetastet blieb (Glowka 1975: 391). Im Gegensatz zu Deutschland gelang es der Sozialdemokratie in Österreich somit in einer Art informellen Großen Koalition mit Unterstützung der ÖVP, ihr Reformvorhaben durchzusetzen.

¹⁰ Bei dieser Entscheidung handelt es sich nicht um ein Gesetz, sondern vielmehr um eine inoffizielle Absichtserklärung. Wir danken Lorenz Lassnigg für diesen Hinweis.

¹¹ Erst 2005 wurde der institutionalisierte Konsenszwang aufgehoben (Archan und Mayr 2006: 19).

Anders als in Deutschland war die Entscheidung zum Ausbau des berufsbildenden Schulwesens auch leichter in der föderalistischen Verhandlungsarena durchzusetzen. So sind in Österreich die Kompetenzen für das Bildungswesen und damit auch für das vollzeitschulische Berufsbildungswesen beim Zentralstaat angesiedelt (Rothe 2001: 64). Die Entscheidung zum Ausbau des beruflichen Schulwesens, und damit verbunden steigende Kosten, konnten somit nicht wie in Deutschland am Votum der Bundesländer scheitern. Im Falle Österreichs bestätigt sich somit unsere Annahme, dass in föderalistischen Systemen mit einer hohen Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen Veränderungen im Gefüge des Bildungswesens leichter durchsetzbar sind.

Auch in der korporatistischen Verhandlungsarena unterstützten Arbeitgeber und Gewerkschaften die Entscheidung der SPÖ. Im Bereich der beruflichen Bildung ist die Beteiligung der Sozialpartner (v.a. Wirtschaftskammer Österreich, Österreichischer Gewerkschaftsbund) stark ausgeprägt. Die Bildungskonzeption des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) deckte sich mit den Zielen der SPÖ, Durchlässigkeit zu erhöhen und Bildungsbarrieren zu überwinden (Blaschke 1978; Scharfenberg 1970). Doch auch seitens der Arbeitgeber fand der Ausbau der vollzeitschulischen Berufsausbildung Unterstützung. Anstoß war eine OECD-Studie aus den 1960er Jahren (BUWK 1965), die dem österreichischen Bildungswesen enormen Nachholbedarf attestierte. Aufgeschreckt durch den massiven Rückgang der wirtschaftlichen Wachstumsraten in den 1960er Jahren kam es von Seiten der Industrie nach Veröffentlichung des OECD-Berichtes "zu einer massiven Forderung nach Erhöhung des Bildungsniveaus" (Blaschke 1978: 88). Die Höherqualifizierung der Arbeitskräfte, die Ausschöpfung der Begabungsreserven und die Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus fand Unterstützung bei allen Parteien und Interessengruppen. Den BHS kam hierbei eine besondere Bedeutung zu (Glowka 1975: 351).

Bis Anfang der 1990er Jahre zeigt sich in Österreich ein erheblicher Bedeutungsverlust der dualen Ausbildung, während die berufliche Vollzeitschule des Typs BHS, die sowohl ohne betriebliche Komponente in einem Beruf ausbildet als auch gleichzeitig eine breite Allgemeinbildung und eine Hochschulzugangsberechtigung vermittelt, expandiert. Die mangelnde Attraktivität der dualen im Vergleich zur vollzeitschulischen Berufsausbildung bewog die Sozialpartner 1997 die Berufsreifeprüfung einzuführen. Als Prüfung im Anschluss an die duale Berufsausbildung berechtigt diese zum Studium an österreichischen Fachhochschulen und

Universitäten (Klimmer 2008). Inwieweit die Berufsreifeprüfung zu der beobachteten Stabilisierung der dualen Ausbildung seit Mitte der 1990er Jahre beigetragen hat, steht einer Überprüfung noch aus.

Schweiz

Nach wie vor ist das duale System in der Schweiz die dominierende Form beruflicher Bildung (Wettstein und Gonon 2009). Die vollzeitschulische Ausbildung ist im Vergleich zum dualen Ausbildungssystem relativ schwach besetzt. Ähnlich wie in Deutschland und Österreich wurde auch in der Schweiz in den 1970er Jahren der Ausbau der schulischen Berufsausbildung thematisiert. Allerdings ging es hierbei vor allem um eine Erhöhung des berufsschulischen Anteils im Rahmen der dualen Ausbildung und weniger um die Schaffung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge. Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich war die Schweizerische Sozialdemokratische Partei (SPS) hierbei jedoch nicht der Agenda-Setter in der Debatte. Vielmehr wurde die Diskussion von Seiten der Arbeitgeber angestoßen. Infolge der Bildungsexpansion der 1960er Jahre kam es zu einem starken Wachstum der Gymnasien, die Zahl der Lehrstellensuchenden nahm kontinuierlich ab (Rutishauser 1983: 33). Die Berufsbildung galt in vielen Kreisen nur noch als wenig attraktive Lösung für diejenigen, die den Zugang zum Gymnasium nicht geschafft hatten (Wettstein und Lauterbach 1995: 46). Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen wünschten sich daher eine Stärkung der berufsschulischen Komponente im Rahmen der dualen Ausbildung, um die Attraktivität der Berufslehre zu erhöhen (Rüegg 1987: 5). Der Schweizerische Gewerbeverein forderte die Einsetzung einer Expertenkommission, die 1969 auch unter Federführung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements einberufen wurde und bis 1972 einen Revisionsentwurf für ein Berufsbildungsgesetz ausarbeitete. Die Schweizerischen Arbeitgeberorganisationen traten in dieser Kommission anfangs für höhere Anteile der Berufsschule in der dualen Berufsausbildung ein, um die Attraktivität der Berufslehre zu steigern und damit dem Lehrlingsmangel zu begegnen. Die generelle Forderung des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), die allgemeinbildende Schulbildung und die vollzeitschulische Berufsausbildung auszubauen, fand dagegen in der Kommission keine Unterstützung seitens der Arbeitgebervertreter (Sigerist 2008: 291f.). Generell bleibt hier festzuhalten, dass als Folge der dezentralen Willensbildung in der Lohnpolitik der Einfluss der schweizerischen Gewerkschaften sehr gering ist und zudem die schweizerische

Gewerkschaftslandschaft als sehr fragmentiert gelten kann (Fluder 1998). Nach Ruegg verpasste es der SGB zudem, eigene Vorstellungen über die Zukunft der Berufsbildung in die Kommission einzubringen (Rüegg 1987: 27). Infolge der Wirtschaftskrise Anfang der 1970er Jahre rückten die Arbeitgebervertreter vom ursprünglichen Reformziel ab. Krisenbedingt gab es nun weniger Lehrstellen und aus Sicht der Betriebe eine genügende Zahl von Lehrstellensuchenden. Eine Verschulung der Berufslehre wurde seitens der Arbeitgeber nun abgelehnt (Rüegg 1987: 24, Wettstein, et al. 1988: 30f.). Neben dem Gewerkschaftsbund konnte sich auch die SPS in den parlamentarischen Vorarbeiten zur Revision des Berufsbildungsgesetzes nicht durchsetzen. Bei der Definition und Implementation der Berufsbildungspolitik befindet sich die SPS ähnlich wie die Gewerkschaften in einer schwachen Position. Im Ständerat als zweiter parlamentarischer Kammer neben dem Nationalrat sind aufgrund des Mehrheitswahlrechts die bürgerlichen Parteien überproportional vertreten. Das Senatsprinzip verleiht vor allem den katholisch-konservativen Kantonen und den Interessen der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft im Ständerat ein überproportionales Gewicht. Insgesamt lässt sich festhalten, dass in der korporatistischen Verhandlungsarena die Expansion schulischer Elemente in der Berufsbildung zum einen am Widerstand der Wirtschaftsverbände und zum anderen an der mangelnden Durchsetzungskraft der Gewerkschaften und der SPS scheiterte.

In der föderalistischen Verhandlungsarena war zudem eine national kohärente Expansion der vollzeitschulischen Berufsbildungspolitik unmöglich, denn bis zum Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes im Jahre 2004 waren die Kompetenzen des Bundes allein auf die duale Berufsausbildung beschränkt. Vollzeitschulische Berufsbildungsgänge unterlagen der Kompetenz der Kantone. Die kantonalen wie auch sprachregionalen Unterschiede hinsichtlich des Angebots vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge sind dabei beachtlich. Die französische und italienische Schweiz folgt etwas deutlicher dem "französischen staatlich-bürokratischen Modell" (Greinert 1999) vollzeitschulischer Berufsausbildung als die Deutschschweiz (EDK 2007). Mit dem Berufsbildungsgesetz von 1978 wurde zwar nicht die vollzeitschulische Ausbildung gestärkt, jedoch für qualifizierte Jugendliche ein zweiter Berufsschultag (Berufsmittelschule) durchgesetzt (Gonon 1994: 395). Damit wurde der Pfad der dualen Berufsausbildung weiterverfolgt. Auch die Einführung der Berufsmaturität¹² und Fachhoch-

¹² Seit Mitte der 1990er Jahre können Jugendliche die Berufsmaturität während der Berufs-

schulen in den 1990er Jahren ist nicht als Abweichung von diesem Pfad zu werten (Gonon 1999: 53).

Zusammenfassung der Ergebnisse

Welche Faktoren den hohen Anteil vollzeitschulischer Berufsbildung in Österreich erklären können, fasst Tabelle 3 unter Anwendung der Kombination aus Konkordanz- und Differenzmethode zusammen. Kursiv dargestellt sind in der Tabelle hierbei die Faktoren, denen auf Basis unserer Analyse Erklärungskraft für die Expansion und damit hohen Anteil der vollzeitschulischen Berufsausbildung in Österreich zukommt.

Sozioökonomischer Wandel, Firmengröße und die Ausbildungsaktivitäten kleiner und großer Firmen können nur zum Teil einen Erklärungsbeitrag für die unterschiedliche Bedeutsamkeit der vollzeitschulischen Berufsausbildung leisten. Die duale Berufsbildung ist in der Schweiz und in Deutschland im Vergleich zu Österreich stärker im Dienstleistungssektor angesiedelt. Das duale System hat damit in diesen beiden Ländern stärker den sektoralen Wandel nachvollzogen. Jedoch kann dies nicht allein erklären, warum die vollzeitschulische Berufsausbildung in Österreich expandierte und die duale Berufsausbildung an Dominanz verloren hat, während das duale System in der Schweiz und Deutschland über die Zeit relativ stabile Anteile aufweist.

Unsere Analyse zeigt im Drei-Länder-Vergleich, dass den Akteurskonstellationen und damit einhergehenden Entscheidungen in den 1970er Jahren eine wesentliche Bedeutung zukommt. Als Periode kritischer Weichenstellung haben die 1970er Jahre das Verhältnis von dualer und vollzeitschulischer Berufsbildung nachhaltig geprägt. Unsere Erklärung für den institutionellen Wandel lässt sich dabei wie folgt zusammenfassen:

In Deutschland und in der Schweiz wurde zwar eine Stärkung von schulischen Elementen in der Berufsbildung in den 1970er Jahren diskutiert, eine Expansion der vollzeitschulischen Berufsbildung in Deutschland oder eine Stärkung schulischer Elemente im dualen System der Schweiz scheiterte jedoch an Folgendem: In der korporatistischen Verhandlungsarena fehlte es an Unterstützung durch Arbeitgeber und Gewerkschaften. Die Kompetenzverteilung in der föderalistischen Verhandlungsarena erschwerte zudem die Expansion schulischer Elemente in der Berufsbildung. In Deutschland und in der Schweiz sind die Kompetenzen für die betrieb-

lehre ablegen und erhalten dadurch Zugang zu seit 1997 bestehenden Fachhochschulen.

liche Ausbildung beim Bund angesiedelt und für die vollzeitschulische Berufsbildung bei den Bundesländern bzw. bis 2004 in der Schweiz bei den Kantonen.¹³ Zudem fehlte es an einer informellen Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten. In Deutschland gelang es den Sozialdemokraten nicht, die in den Bundesländern mehrheitlich regierenden Christdemokraten für ihr Reformvorhaben zu gewinnen. In der Schweiz sind bürgerliche Parteien aufgrund des Mehrheitswahlrechts überproportional im Ständerat und Nationalrat vertreten, die Sozialdemokratie hat demnach in der Berufsbildungspolitik eine schwache Rolle.

Die duale Berufsausbildung verlor in Österreich dagegen gegenüber der vollzeitschulischen Berufsausbildung an Bedeutung, da durch den Ausbau der BHS die Gelegenheitsstrukturen für das Bildungsverhalten Jugendlicher maßgeblich beeinflusst und damit unintendiert die duale Berufsausbildung geschwächt wurde. Die Entscheidung der sozialdemokratischen Regierungspartei zum BHS-Ausbau wurde unterstützt durch die Christdemokraten. Ebenso gab es weder in der korporatistischen noch föderalistischen Verhandlungsarena Widerstand gegen den Ausbau des vollzeitschulischen Ausbildungswesens. Unsere Annahme, dass eine Expansion der vollzeitschulischen Berufsbildung in den Ländern eher möglich ist, in denen bildungspolitische Entscheidungsprozesse weniger dezentral ablaufen und in denen die Einbindung der Bundesländer geringer ist, bestätigt sich im Falle Österreichs.

Ausblick

Ziel unseres Beitrags war es, Varianz innerhalb des Länderclusters des kollektivistischen Ausbildungsregimes darzulegen und zu erklären. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland, der Schweiz und Österreich leistet bis heute einen entscheidenden Beitrag zur Qualifizierung der Arbeitskräfte. Gleichwohl konnten wir zeigen, dass zwischen diesen drei Ländern im Sekundarbereich II auch Unterschiede bestehen. Vor allem in Österreich hat sich neben dem dualen Ausbildungssystem ein vollzeitschulisches Berufsbildungssystem etabliert. Als Erklärungsfaktoren führten wir vor allem politische und institutionelle Faktoren an und untersuchten dabei insbesondere das Zusammenspiel in der korporatistischen und föderalistischen

¹³ Mit der Revision des Berufsbildungsgesetzes, das seit 2004 in Kraft trat, ging die Berufsbildung als Ganzes in die Kompetenz des Bundes über.

Tabelle 3: Zusammenfassende Übersicht der Erklärungsfaktoren für den unterschiedlichen Anteil vollzeitschulischer Berufsausbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz

	Deutschland	Schweiz	Österreich
Abhängige Variable	Niedriger Anteil vollzeitschulischer Berufsbildung	Niedriger Anteil vollzeitschulischer Berufsbildung	<i>Höherer Anteil vollzeitschulischer Berufsbildung</i>
Anteil kleiner Unternehmen	gering	mittel	hoch
Ausbildungsaktivität der Firmen	Kleine Unternehmen nicht dominant	Dominanz kleiner Unternehmen	Dominanz kleiner Unternehmen
Sektoraler Wandel	Expansion Dienstleistungssektor	Expansion Dienstleistungssektor	Expansion Dienstleistungssektor
Anpassung duales System an Dienstleistungswirtschaft	ja	ja	<i>nein</i>
Korporatistische Verhandlungssarena	Keine Unterstützung durch Arbeitgeber und Gewerkschaften	Keine Unterstützung durch Arbeitgeber, geringer Einfluss der Gewerkschaften	<i>Unterstützung durch Arbeitgeber und Gewerkschaften</i>
Vollzeitschulische Berufsausbildung	dezentral (Länderhoheit)	Bis 2004 dezentral (kantonale Hoheit), Ab 2004 zentral (Bundeshoheit)	<i>zentral (Bundeshoheit)</i>
Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern/Kantonen			
Dominanz Sozialdemokratie	ja	nein	ja
Informelle Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten	nein	nein	<i>ja</i>

Verhandlungsarena sowie Parteeffekte. Es wurde deutlich, dass spezifischen Akteurskonstellationen und damit einhergehenden Entscheidungen in den 1970er Jahren eine wesentliche Bedeutung zukommt. Als Periode kritischer Weichenstellung haben die 1970er Jahre das Verhältnis von dualer und vollzeitschulischer Berufsbildung nachhaltig geprägt.

Die "Varieties of Capitalism"-Forschung im Allgemeinen wie auch unsere Befunde im Speziellen werfen weitere Fragen auf. So bleibt etwa bis heute unbeantwortet, welchen Effekt verschiedene Ausbildungstypen, insbesondere die Prävalenz vollzeitschulischer und dualer Bildungsgänge auf die ökonomische Entwicklung von Volkswirtschaften haben. Ebenso ist zu untersuchen, welche Arbeitsmarkterträge junge Menschen mit betrieblicher und schulischer Berufsausbildung und den entsprechenden beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen erzielen. Nicht angeschnitten wurde zudem das Thema der Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen. Der hochschulischen Ausbildung kommt auf dem Arbeitsmarkt eine immer größere Bedeutung zu. Aus diesem Grunde haben Österreich und die Schweiz in den 1990er Jahren auch versucht mit doppelqualifizierenden Abschlüssen die Durchlässigkeit in den Hochschulbereich zu erhöhen. Inwieweit sich diese Reformen der 1990er Jahre wirklich in einer höheren Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen niederschlagen, steht einer Überprüfung noch aus. Bislang hat sich der VoC-Ansatz auf den Bereich der Berufsausbildung konzentriert. Unberücksichtigt bleibt noch immer die Rolle und Interessen staatlicher Akteure und der Sozialpartner hinsichtlich Veränderungen im Schul- und Hochschulbereich.

Literatur

- Anweiler, O. (2006). Bildungspolitik. In Hockerts, H. (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Baden-Baden: Nomos (709–53).
- (2008). Bildungspolitik. In Geyer, M. (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*. Baden-Baden: Nomos (693–731).
- Archan, S. und T. Mayr (2006). *Vocational Education and Training in Austria. Short Description*. Cedefop Panorama Series Nr. 125. Thessaloniki: Cedefop.

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010). *Bildung in Deutschland 2010*. Bielefeld: Bertelsmann.
- Baethge, M. (1983). Berufsbildungspolitik in den siebziger Jahren: Eine Lektion in ökonomischer Macht und politischer Ohnmacht. In Lipsmeier, A. (Hrsg.), *Berufsbildungspolitik in den 70er Jahren: Eine kritische Bestandsaufnahme für die 80er Jahre*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag (145–57).
- (2010). Neue soziale Segmentationsmuster in der beruflichen Bildung. In Krüger, H.-H., U. Rabe-Kleberg, Kramer, R.-T. und J. Budde (Hrsg.), *Bildungsungleichheit revisited*. Wiesbaden: VS Verlag (275–98).
- BFS (Bundesamt für Statistik) (2001). *Betriebszählung 2001*. Bern: BFS.
- (2010). *Schülerinnen, Schüler und Studierende 2008/09*. Neuchâtel: BFS.
- Blaschke, G. (1978). *Die Österreichische Schulreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Bildungspolitik in der Zweiten Republik (1945–77)*. Wien: Universität Wien.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (1970). *Bildungsbericht '70. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik*. Bonn: BMBF.
- (2009). *Berufsbildungsbericht 2009*. Bonn: BMBF.
- Busemeyer, M. R. (2008). Bildung und die “neue” Sozialdemokratie: Eine Analyse aus der Sicht der vergleichenden Staatsausgabenforschung. *Politische Vierteljahresschrift* 49(2): 283–308.
- (2009a). Asset Specificity, Institutional Complementarities and the Variety of Skill Regimes in Coordinated Market Economies. *Socio-Economic Review* 7(3): 375–406.
- (2009b). *Wandel trotz Reformstau. Die Politik der beruflichen Bildung seit 1970*. Frankfurt: Campus.
- BUWK (Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst) (1965). *Bildungsplanung in Österreich. Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum 1965-1975*. Wien: BWUK.
- Culpepper, P. (2007). Small States and Skill Specificity: Austria, Switzerland and Interemployer Cleavages in Coordinated Capitalism. *Comparative Political Studies* 40(6): 611–37.
- Davis, K. und W. E. Moore (1944). Some Principles of Stratification. *American Sociological Review* 10(2): 242–49.

- Dorninger, C., Lauterbach, U. und R. Neubert (1991). Österreich. In Lauterbach, U. (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Berufsbildung*. Baden-Baden: Nomos
- (2007). Österreich. In Lauterbach, U., Spöttl, G., Clement, U., Faßhauer, U., Frommberger, D., Grollmann, P., von Kopp, B. und F. Rauner (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Berufsbildung*. Bielefeld: Bertelsmann.
- EDK (Schweizerische Konferenz kantonaler Erziehungsdirektoren) (2007). Schweizer Beitrag für die Datenbank “Eurybase: The database on education systems in Europe”. Online: http://www.edk.ch/dyn/bin/12961-13429-1-eurydice_00d.pdf [abgerufen am: 27.01.2010].
- Engelbrecht, H. (1988). *Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Band 5: Von 1918 bis zur Gegenwart*. Wien: Österreichischer Bundesverlag.
- (1998). Zielvorstellungen der österreichischen Bildungspolitik in der Zweiten Republik. In Zdarzil, H. und N. Severinski (Hrsg.), *Österreichische Bildungspolitik in der Zweiten Republik*. Wien: Kaiser (19–37).
- Estévez-Abe, M., Iversen, T. und D. Soskice (2001). Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State. In Hall, P. A. und D. Soskice (Hrsg.), *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press (145–83).
- Fluder, R. (1998). *Politik und Strategien der schweizerischen Arbeitnehmerorganisationen*. Zürich: Rüegger.
- Glowka, D. (1975). Schulreform und Gesellschaft in Österreich 1947-1972. In Robinsohn, S. B. (Hrsg.), *Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß III*. Stuttgart: Klett.
- Gonon, P. (1994). Die Einführung der “Berufsmatura” in der Schweiz als Prüfstein einer Neuorientierung von Allgemeinbildung und Berufsbildung. *Zeitschrift für Pädagogik* 40(3): 389–404.
- (1999). Neue Reformbestrebungen im beruflichen Bildungswesen in der Schweiz. *Europäische Zeitschrift für Berufsbildung* 17(2): 48–54.
- (2001). Neue Reformbestrebungen im beruflichen Bildungswesen in der Schweiz. In Deißinger, T. (Hrsg.), *Berufliche Bildung zwischen nationaler Tradition und globaler Entwicklungen*. Baden-Baden: Nomos (63–77).

- Gramlinger, F. (2005). Kompetenzerwerb im österreichischen beruflichen Bildungswesen am Beispiel der kaufmännischen Vollzeitschulen. In Ertl, H. und P. Sloane (Hrsg.), *Kompetenzerwerb in der Berufsbildung: Erwerb und Transfer von Kompetenzen aus dem internationaler Perspektive*. Paderborn: Eusl (82–101).
- Greinert, W.-D. (1998). *Das "deutsche System" der Berufsausbildung: Tradition, Organisation, Funktion*. Baden-Baden: Nomos.
- (1999). *Berufsqualifizierung und dritte Industrielle Revolution: Eine historisch vergleichende Studie zur Entwicklung der klassischen Ausbildungssysteme*. Baden-Baden: Nomos.
- Grüner, G. (1983). Die beruflichen Vollzeitschulen: Eine Alternative zum dualen System. In Lipsmeier, A. (Hrsg.), *Berufsbildungspolitik in den 70er Jahren: Eine kritische Bestandsaufnahme für die 80er Jahre*. Wiesbaden: Steiner (123–33).
- Hall, P. A. und D. Soskice (2001a). An Introduction to Varieties of Capitalism. In Hall, P. A. und D. Soskice (Hrsg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. New York: Oxford University Press (1–68).
- (Hrsg.) (2001b). *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Hall, P. A. und K. Thelen (2009). Institutional Change in Varieties of Capitalism. *Socio-Economic Review* 7(1): 7–34.
- Heidenreich, M. (1998). Die duale Berufsausbildung zwischen industrieller Prägung und wissenschaftsgesellschaftlichen Herausforderungen. *Zeitschrift für Soziologie* 27(5): 321–40.
- Hibbs, D. A. (1977). Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review* 71(4): 1467–87.
- Katzenstein, P. J. (1984). *Corporatism and Change: Austria, Switzerland and the Politics of Industry*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Klimmer, S. (2008). Die österreichische Berufsreifeprüfung: Ein Instrument der Durchlässigkeit von der Lehre zur Hochschule. In Loebe, H. und E. Severing (Hrsg.), *Berufsausbildung im Umbruch*. Bielefeld: Bertelsmann (119–27).
- Kreft, J. (2006). *Gewerkschaften und Spitzenverbände der Wirtschaft als bildungspolitische Akteure*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lassnigg, L. (2004). To match or mismatch? The Austrian VET system on struggle with diverse and changing demand. *Berufs- und Wirtschaftspädagogik Nr. 7*. Online: <http://www.bwpat.de/7eu/> [abgerufen am: 19.01.2010].

- Lübke, O. (1987). Berufliche Bildung und Qualifikation: Analysen zur Reformnotwendigkeit aus Sicht des DGB. In Weymann, A. (Hrsg.), *Bildung und Beschäftigung: Grundzüge und Perspektiven des Strukturwandels*. Göttingen: Schwartz (413–28).
- Lundahl, L. (1997). A Common Denominator? Swedish Employers, Trade Unions and Vocational Education. *International Journal of Training and Development* 1(2): 91–103.
- Mahoney, J. und K. Thelen (2010). *Explaining Institutional Change. Ambiguity, Agency, and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mayer, K. U. und H. Solga (2008). Skill Formation. In Mayer, K. U. und H. Solga (Hrsg.), *Skill Formation. Interdisciplinary and Cross-National Perspectives*. Cambridge: Cambridge University Press (1–18).
- Obinger, H., Leibfried, S. und F. G. Castles (2005). *Federalism and the Welfare State. New World and European Experiences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- OECD (2009). *Labour Force Statistics 1988–2008*. Paris: OECD.
- Pierson, P. (2000). Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. *American Political Science Review* 94(2): 251–67.
- Rothe, G. (2001). *Die Systeme beruflicher Qualifizierung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich*. Wien/Luzern/Villingen-Schwenningen: öbv&hpt/DBK/neckar-verlag.
- Rüegg, E. (1987). *Neokorporatismus in der Schweiz. Chancen und Grenzen organisierter Interessenvermittlung. Berufsbildungspolitik*. Zürich: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft.
- Rutishauser, C. (1983). *Verbandseinfluss auf die Berufsbildungspolitik*. Konstanz: Hartung-Gorre.
- Scharfenberg, G. (1970). *Bildungspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Kräfte*. Berlin: Freie Universität.
- Scharpf, F. (2000). *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen: UTB.
- Schneeberger, A. (2003). Trends und Perspektiven der Berufsbildung in Österreich. Online: http://www.ibw.at/ibw_mitteilungen/art/schn_098_03_wp.pdf [abgerufen am: 27.01.2010].
- (2007). Nebeneinander von Lehre und Vollzeitschule in der österreichischen Berufsbildung: Was steckt dahinter? *bwp@ Spezial* 3, Oktober 2007. Online: http://www.bwpat.de/ATspezial/schneeberger_atspezial.pdf [abgerufen am: 27.01.2010].

- Schneeberger, A. und S. Nowak (2009). Lehrlingsausbildung im Überblick. Strukturdaten, Trends und Perspektiven. *ibw-Forschungsbericht Nr. 149*.
- Seel, H. und J. Scheipl (2004). *Das österreichische Bildungswesen am Übergang ins 21. Jahrhundert*. Graz: Leykam.
- Sigerist, P. (2008). Berufsbildung zwischen Wirtschafts- und Lernförderung. In Bauder, T. und F. Osterwalder (Hrsg.), *75 Jahre eidgenössisches Berufsbildungsgesetz. Politische, pädagogische, ökonomische Perspektiven*. Bern: hep (287–309).
- Statistik Austria (2010). *Bildung in Zahlen. Tabellenband 2008/09*. Wien: Statistik Austria.
- Statistisches Bundesamt (2010). *Bildung und Kultur. Berufliche Schulen. Schuljahr 2008/09*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stern, J. (2000). *Programme versus Pragmatik. Parteien und ihre Programme als Einfluß- und Gestaltungsgröße auf bildungspolitische Entscheidungsprozesse*. Frankfurt: Peter Lang.
- Stratmann, K. und M. Schlösser (1990). *Das Duale System der Berufsbildung. Eine historische Analyse seiner Reformdebatten*. Frankfurt: Verlag der Gesellschaft zur Förderung arbeitsorientierter Forschung und Bildung.
- Streeck, W. (1994). Training and the New Industrial Relations: A Strategic Role for Unions? In Regini, M. (Hrsg.), *The Future of Labour Movements*. London, Newbury Park/New Delhi: Sage (250–69).
- Streeck, W., Hilbert, J., van Kevelaer, K.-H., Maier, F. und H. Weber (1987). *Die Rolle der Sozialpartner in der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung: Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Cedefop.
- Streeck, W. und K. Thelen (Hrsg.) (2005). *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Thelen, K. (1999). Historical Institutionalism in Comparative Politics. *Annual Review of Political Science* 2(June 1999): 369–404.
- (2004). *How Institutions Evolve: The Political Economy of Skills in Germany, Britain, the United States and Japan*. New York: Cambridge University Press.
- (2008). Skill formation and training. In Jones, G. und J. Zeitlin (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Business History*. Oxford: Oxford University Press (558–80).

- Thelen, K. und M. R. Busemeyer (2008). *From Collectivism toward Segmentalism: Institutional Change in German Vocational Training*. MPIfG Discussion Paper Nr. 13. Köln: Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung.
- Trampusch, C. (2010a). Employers, the State, and the Politics of Institutional Change: Vocational Education and Training in Austria, Germany, and Switzerland. *European Journal of Political Research* 49(4): 545–73.
- (2010b). The Politics of Institutional Change. Transformative and Self-Preserving Change in the Vocational Education and Training System in Switzerland. *Comparative Politics* 42(2): 187–206.
- Wettstein, E., Bossy, R., Dommann, F. und D. Villiger (1988). *Die Berufsbildung in der Schweiz. Eine Einführung*. Luzern: Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz.
- Wettstein, E. und P. Gonon (2009). *Berufsbildung in der Schweiz*. Bern: hep.
- Wettstein, E. und U. Lauterbach (1995). Schweiz. In Lauterbach, U., Huck, W. und W. Mitter (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Berufsbildung*. Baden-Baden: Nomos.
- Wollansky, G. (1983). Schulpolitik in Österreich: Ein Überblick. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12(1): 5–18.

Formation en alternance ou scolaire?

Développements et bifurcation significantes en Allemagne, Autriche et Suisse

Avec l'émergence du courant de la variété du capitalisme (VoC), la formation est devenue un sujet important dans la recherche en politique économique. Trois pays sont connus pour avoir développé un système de formation en alternance organisé de façon corporatiste: l'Allemagne, l'Autriche et la Suisse. Cet article montre cependant que les nombres de visites relatifs de différents cours de l'éducation dans le domaine secondaire II s'est développée différemment dans ces pays depuis les années 1970. L'Autriche a ainsi vu l'instauration d'une voie de formation scolaire à plein temps, contrôlée par l'État à côté de la formation en alternance. En Allemagne et en Suisse la formation en alternance joue toujours un rôle prédominant. Pour expliquer l'augmentation de la formation scolaire à plein temps, nous identifions trois points central: premièrement, la domination de la social-démocratie en l'Autriche et leur coopération avec les chrétiens-démocrates. Deuxièmement, le commande de l'éducation par l'état central et troisièmement, le soutien pour reformes dans la politique d'apprentissage par les employeurs et les syndicats. Des bifurcations significatives ont pris place dans les années 1970, sur lesquelles nous concentrons notre attention.

Dual or School-based Vocational Education?

Developments and Critical Junctures in Germany, Austria and Switzerland

In the field of political economy, vocational education is becoming more and more popular – especially since the emergence of the Varieties of Capitalism literature. Germany, Austria and Switzerland are considered to be countries which educate their work force within the overall framework of corporatist controlled dual vocational training. However, our article shows that the relative number of attendance for educational programmes in upper secondary education has developed quite differently among these countries since the mid 1970s: To date in Austria, state-controlled, full time school-based vocational education has been established alongside the dual vocational training system. In Germany and Switzerland dual vocational training is still predominant and the proportion of school based vocational education is comparatively smaller. We identify three main factors which contribute to the expansion of full-time vocational schools in Austria. First, the dominance of the Austrian Social Democrats and their informal cooperation with the Christian Democratic Party. Second, the governance of the Austrian education system by the central state, and third, the broad support of reforms in the area of vocational education by employers and trade unions. The 1970's can be characterised as a period of time where critical junctions took place.

Christian Ebner, Soziologe; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Projektgruppe “Education and Transitions into the Labour Market” am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Forschungsgebiete: Bildung und Beschäftigung im internationalen Vergleich (Schwerpunkt: Deutschland, Österreich, Schweiz und Dänemark).

Korrespondenzadresse: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietsch-
ufer 50, D-10785 Berlin, Deutschland. Tel. +49 30 254 91 523; Fax: +49 302 54 91 28; E-
Mail: Christian.Ebner@wzb.eu

Rita Nikolai, Dr.; Politologin; Leiterin der Projektgruppe “Education and Transitions into
the Labour Market” am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Forschungs-
gebiete: Schulpolitik im Bundesländervergleich, Berufsbildungspolitik, Bildungsausgaben,
Zusammenhänge zwischen Sozial- und Bildungspolitik.

Korrespondenzadresse: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietsch-
ufer 50, D-10785 Berlin, Deutschland. Tel. +49 30 254 91 522; Fax: +49 30 254 91 528;
E-Mail: Rita.Nikolai@wzb.eu.